



Kolonialismus und Rassismus -

Gespenster der Vergangenheit ?

MACHTKULTURGERECHTIGKEIT

Karlsruhe, den 20.03.2013

Ablauf:

Begrüßung: Elke Sieber, Leiterin des Kulturbüros
Tsegha Kibrom (Berlin/Asmara)
Uche Akpulu (München/Nigeria)
Dr. Boniface Mabanza Bambu (Heidelberg/Kongo)
Dr. Manfred Loimeier (Mannheim)

Peter Weibel hatte gern zugesagt, heute bei uns zu sein. Doch eine unvorhergesehene Verpflichtung hat dazu geführt, dass er in diesen Tagen in China weilt. Auf seinen Essay „Jenseits des weißen Würfels“ von Peter Weibel bin ich durch die Zeitschrift HINTERLAND, herausgegeben durch den Bayrischen Flüchtlingsrat, aufmerksam geworden - der diesen Beitrag inspiriert hat.

Im [Zentrum für Kunst und Medientechnologie \(ZKM\) Karlsruhe](#) beeinflusst Weibel besonders die europäische Szene der sogenannten [Computerkunst](#) durch Konferenzen, Ausstellungen und Publikationen. Aktuell sind Beispiele des Interesses von Weibel zu besichtigen in den bemerkenswerten Ausstellungen des ZKM BABELWORLD und MOVE ON ASIA.

Zur Einführung zum thematischen Schwerpunkt MACHT KULTUR GERECHTIGKEIT möchte ich Ihnen zu Beginn unserer Gespräche mit einigen Gedanken des Essay „Jenseits des weißen Würfels“ vorstellen. Außerdem geht es mir darum, Ihnen die Notwendigkeit dieser Wochen gegen Rassismus in Karlsruhe anhand von Beispielen aus der Kommunalpolitik zu veranschaulichen.

Ich sehe mich zunächst einmal dazu herausgefordert zu begründen, warum Peter Weibel von mir heute als Sachwalter einer kritischen Auseinandersetzung von Kultur und Rassismus zitiert wird. Kultur muss heute zu allem herhalten, wir reden von Unternehmenskultur, Streitkultur, von Spielkultur und anderem mehr. Oskar Negt bezeichnet die vorherrschende Beliebigkeit „Kultur als Schambegriff“. Aus Politik und Wirtschaft entsteht ein Druck, Kultur als Standortvorteil, Allzweckwaffe ununterscheidbar von Marketing und Business. So verweist die Karlsruher Finanzbürgermeisterin Margarete Mergen bei der letzten Präsentation Haushaltsentwurfs auf die Funktion von „Kultur als Salz in der Suppe“. Das neue Athen, eine Gelehrtenrepublik ist entsprechend einem Beitrag der FAZ in Karlsruhe neu angesiedelt. Dies treibt den Kulturpolitische Sprecher der CDU Fraktion im Karlsruher Rathaus Dr. Albert Käuflein bei eben erwähnten Beratungen zum Haushalt zu der euphemistischen Feststellung:

Dialoge und Projekte zur Förderung des Menschenrechts auf Bildung

Stoffwechsel e.V. | Werner Kersting | Kanalweg 95 | 76149 Karlsruhe

„Kultur ist ein Standort und ein Imagefaktor. Kultur rechnet sich: Geld das wir in die Kultur stecken fließt in die Stadt zurück.“ (Stadtzeitung 1. Februar) Kleine Anmerkung: Hier treffen sich wohl Intentionen von Kultur und das was als Entwicklungszusammenarbeit bezeichnet wird.

An Mergen und Dr. Käuflein muss die Frage erlaubt sein, ob sie Kultur ihrem Substanzgehalt nach mit Eigenständigkeit und Widerständigkeit verbinden. Sind wir noch in der Lage, Kultur und Marketing auseinander zu halten? Wirkt Kultur in der Moderne überwiegend auf Zerstreuung statt Konzentration, auf Herstellung eines Verblendungszusammenhangs (Adorno) statt Aufklärung? Werden institutionelle Herrschaftsmethoden durch hierarchische Leitbilder, die Steuerung durch goldene Zügel und die Konzentration auf den kommunalen Markenkern geprägt?

Bei Weibel wird der koloniale Kulturpelz ordentlich zerzaust. In seinem Essay „Jenseits des weissen Würfels“ hält er sich nicht mit Nebensächlichkeiten auf. Unter Bezugnahme u.a. auf Horkheimer und Adorno ist Ausgangspunkt seiner Kritik, „dass die sogenannte Modernisierung eine verdeckte Strategie der Kolonialisierung gewesen sei.“

„Im Kolonialismus werden die eigenen Wertvorstellungen auf fremde Gebiete ausgedehnt, wird die eigene Partikularität als universal gültig behauptet und den Anderen gewaltsam aufgezwungen. Kolonialisierung bedeutet territoriale, ökonomische, politische und kulturelle Unterwerfung, Aneignung, Ausbeutung anderer Länder und Völker, um die eigene Hegemonie und die Herrschaft des Eigenen weltweit durchzusetzen.“ (Der weisse Würfel)

Strukturelle Machtausübung spielt in der UN Definition von Rassismus keine besondere Rolle (siehe Hinweis auf Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus).

Anders Stuart Hall, Autor der Studie „Kulturelle Identität und Rassismus“: „Der Rassismus ist eine extreme Variante eines **Diskurses** über Eigenschaften, zur Rechtfertigung von Herrschaft, von Kolonialisierung, von Ausgrenzung“.

Persönlicher ausgedrückt durch den Tunesier Albert Memmi in seiner Studie über Rassismus, der darüber hinaus einen wesentlichen Aspekt betont, der über die binäre Logik des schwarz-weiß hinausweist: „Als ich nach Frankreich kam, wurde mir bewußt, dass ich nicht nur wegen meiner nationalen und jüdischen Herkunft und wegen meiner Hautfarbe, **sondern auch wegen meiner Armut ausgegrenzt wurde**, und ich stellte dabei fest, dass die Ausgrenzungsmechanismen in allen Bereichen dieselben sind. Die Instrumentalisierung von Unterschieden ist also Teil der Bedingungen von **Herrschaft**. Somit hat **jede Herrschaft eine Tendenz dazu, rassistische und kulturelle Unterschiede zu erzeugen**“. (1999)

Wie Robert Miles ergänzend ausführte, ich erwähne dies, weil es für unsere späteren Gespräche ein Anknüpfungspunkt sein wird, wurden“ Rassenvorstellungen in den neuen Nationalstaaten zur Beschreibung der Arbeiterklasse genutzt. Man beschrieb die Arbeiter nun als Gruppe mit geringerer Intelligenz, mit geringeren intellektuellen und kulturellen, dafür aber mit natürlichen körperlichen Fähigkeiten ausgestattet.“

Dialoge und Projekte zur Förderung des Menschenrechts auf Bildung

Stoffwechsel e.V. | Werner Kersting | Kanalweg 95 | 76149 Karlsruhe

Ausgangspunkt für die Wahrnehmung von Rassismus sind also interessengeleitete Zuordnungen, die historisch Unterscheidungen erst möglich gemacht haben. Die Unterscheidungen sind keineswegs „natürlich“ oder „gottgegeben“. Diese Merkmale - oft in Blutbädern entstanden - haben Gesellschaften und ihr Selbstverständnis von „Nationalkultur“ geprägt. Die Zeichen sind spiegelbildlich als Zuschreibungen bei postkolonialen Herrschaftsstrukturen wie auch bei den Strukturen der Unterdrückten zu dechiffrieren. Wir wollen uns heute auf Beispiele hier in Karlsruhe konzentrieren.

Die gegenwärtig stattfindenden Wochen gegen Rassismus haben bisher bereits ein wesentliches Ergebnis: **Rassismus bildet!** Keine/r wird jetzt mehr davon sprechen, Rassismus sei ein Verbrechen. Eine solche Feststellung ist – so radikal sie vielleicht klingen mag – nicht dazu geeignet, die eigene Person in die Auseinandersetzung einzubeziehen. Dass jemand ein Verbrecher sei, wird er/sie natürlich vehement zurückweisen. Bei vielen Veranstaltungen ist in unterschiedlichen Zusammenhängen nachgewiesen worden, dass Rassismus in der Mitte der Mehrheitsgesellschaft verankert ist.

In Karlsruhe wird an die Kolonialverbrecher Lüderitz und von Wissmann durch die Benennung von Straßennamen ein ehrendes Gedenken bereitet. Erst kürzlich sind ergänzende Hinweise bei Straßenschildern angebracht worden. Dem Straßenschild des Namensgebers Alfred Lüderitz ist folgender Hinweis hinzugefügt worden: „Durch seine Initiative entstand der nach ihm benannte Hafenort in Namibia. Er gelangte durch Täuschung der Einheimischen an ein großes Landgebiet in Afrika, das den Kern der späteren Kolonie Deutsch-Südwestafrika bildete. Die Straße wurde 1937 umbenannt. Sein Handeln wird aus heutiger Sicht abgelehnt.“

Ich möchte diese Veranstaltung dazu nutzen, erneut darauf hinzuweisen, dass mit dieser Ergänzung keine angemessene Aufarbeitung kolonialer Praktiken stattgefunden hat. Dies hatten wir den Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat Karlsruhe geschrieben:

... Die Benennung von Straßennamen, vergleichbar auch die aktuelle Diskussion über das N-Wort in Kinderbüchern, ist für uns Anlass, eine Debatte über diese unterschiedlichen Perspektiven anzuregen. Deswegen haben wir die Expertise zum Thema "ehemalige Kolonialverbrecher geehrt als Namensgeber" angeregt.

Aus der Expertise des Vorstands des AK Panafrikanismus München

„In dem Diskurs um die Straßenumbenennung wird oft unterstellt, dass es kein dringliches Anliegen sei. Somit wird nicht berücksichtigt, dass es bei dem Thema um die Menschenwürde deutscher BürgerInnen afrikanischer Herkunft geht. Die Glorifizierung der deutschen Kolonialgeschichte und Würdigung von Soldaten, die einen Völkermord begangen haben, stellt eine Verletzung der Menschenwürde der AfrikanerInnen und Menschen afrikanischer Herkunft - die ja Nachfahren der Opfer dieser Kolonialgeschichte sind - dar. Dies steht im Widerspruch zum deutschen Grundgesetz, welches die Würde des Menschen als unantastbar erklärt. Die Dringlichkeit der Angelegenheit erklärt sich somit aus der Notwendigkeit, die durch den Völkermord verletzte Menschenwürde nicht noch zusätzlich zu belasten. Zudem wird eine Umbenennung einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der

Dialoge und Projekte zur Förderung des Menschenrechts auf Bildung

Stoffwechsel e.V. | Werner Kersting | Kanalweg 95 | 76149 Karlsruhe

kolonialen Vergangenheit sowohl für Menschen afrikanischer Herkunft als auch für deutsche BürgerInnen leisten.

Die Verharmlosung der deutschen Kolonialvergangenheit und die fehlende Bereitschaft, diese zu verarbeiten, ist ein eindeutiges Indiz für den Anstieg von Rassismus, welcher leider sehr breit und in der Mitte der Gesellschaft, wie auch institutionell vertreten ist. Die aktuellen Debatten wie z.B. die über die NSU-Mörder sind prägnante Beispiele dafür.“

Keinesfalls verkennen wir den guten Willen der Mehrheit des Gemeinderats durch zusätzliche erklärende Zusätze bei Straßennamen auf den verbrecherischen Tatbestand aufmerksam zu machen. Jedoch ist dies aus unserer Sicht unzureichend, weil diese Erklärungen immer noch aus der Perspektive weißer kolonialer Herrschaft formuliert werden: WIR wissen was gut für Euch ist! "Stellt euch nicht so an! Weiße dürfen bestimmen, wann Schwarze sich gekränkt fühlen dürfen" (ZEIT 24.01.13).

Viel ist von bunter Vielfalt und Multikulti die Rede. Doch was bedeutet Multikulti für die praktische Arbeit? Kritisch angefragt werden muss, ob das behauptete bunte Mix eines „Multikulti“ der politischen und sozialen Lebenswirklichkeit der zugezogenen Menschen entspricht. Arbeitet sich das Konzept des „Multikulti“ nicht in erster Linie an der folkloristischen Oberfläche ab? Fördert diese Vorstellung nicht oft eine konsumfreundliche Darstellung dieses Anderen? Einsichten sollten vielmehr da gewonnen werden, wo es um die ernsthafte Beschäftigung mit den Bedingungen dieser Einwanderungsgesellschaft geht. **Das Dilemma besteht darin, dass heute das Recht auf kulturelle Differenz – wenn es denn überhaupt zugestanden wird – höher angesiedelt ist als das Recht auf strukturelle Gleichheit.**

Auch hierzu ein aktuelles Beispiel aus der Kommunalpolitik: Die Türkisch-islamische Gemeinde in Karlsruhe hat in der letzten Woche Umbaupläne für eine Moschee vorgelegt. Der zuständige Dezernent und Bürgermeister Michael Obert hatte die Anfrage abschlägig beschieden. Bemerkenswert hierbei ist die Begründung, wie sie der BNN vom 16. März zu entnehmen ist: **„Eine Realisierung in der vorgesehenen, sehr traditionellen Form, hält Obert allerdings auch an anderen Stellen in Karlsruhe für schwierig: Die Vereinbarkeit mit der Umgebung sei auch andernorts kaum gegeben.“**

Eine Einbeziehung des Migrationsrats in den Entscheidungsprozess ist hierbei offensichtlich genauso wenig vorgesehen, wie eine Debatte im Rahmen der „Wochen gegen Rassismus“ über „das Unheimliche und die Architektur“.

Auch hierzu hat Peter Weibel in seinem Essay Grundsätzliches ausgeführt:

„Die Logik des Multikulturalismus überwindet leider nicht die Dialektik von Inklusion und Exklusion. Das Recht auf Alterität und Differenz gewährt noch nicht das eigentliche Grundrecht auf Egalität. Die Transformation der **Rassenfrage in eine Kulturfrage** durch den Diskurs des Multikulturalismus hat eine reale soziale Integration nur bedingt beschleunigt. Der multikulturelle Diskurs birgt die Gefahr, unter der Permission zur Differenz die Verbannung der Gleichheit zu verbergen“. (Jenseits des weissen Würfels)

Dialoge und Projekte zur Förderung des Menschenrechts auf Bildung

Stoffwechsel e.V. | Werner Kersting | Kanalweg 95 | 76149 Karlsruhe

Am 19. Mai 2009 fand eine denkwürdige Sitzung des Karlsruher Gemeinderats statt. Beschlossen wurde die Abschaffung von Wahlen zum „Ausländerbeirat“ und die Berufung von sachkundigen EinwohnerInnen in den Migrationsbeirat durch die Vertreter von CDU und SPD gegen alle anderen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen. In den Vorgesprächen hatten sich Vertretungen von MigrantInnen und Gruppen ohne deutschen Pass gegen diese Neugegellung ausgesprochen. Getragen von der Haltung „Wir wissen was gut für Euch ist“, wurde die Entscheidung von CDU und SPD u.a. damit begründet, dass die Wahlbeteiligung zum „Ausländerbeirat“ zu niedrig gewesen sei.

Bei dieser Debatte beteiligte sich auch Stadtrat Tom Hoyem, der auf seine anderen Erfahrungen im Münchner Ausländerbeirat verwies. Hoyem muss diese Entscheidung besonders geschmerzt haben, war er doch in der Vergangenheit häufig als Wahlbeobachter der EU in afrikanischen Ländern, zuletzt in der Demokratischen Republik Kongo. David van Reybrouck schreibt zum Exportartikel „Wahlen“ in seiner fulminanten Geschichte KONGO: „Politikexperten aus dem Westen leiden oft an Wahlfundamentalismus, so wie Makroökonomien des IWF und der Weltbank vor noch nicht allzu langer Zeit kollektiv an Marktfundamentalismus litten. Sie glauben, es sei damit getan, die formalen Anforderungen eines Systems zu erfüllen, damit noch in der ausgedörrtesten Wüstenei tausend Blumen blühen.

Verallgemeinerung von Wahlen als **eine** Form der Partizipation, warum im Kongo – warum nicht in Karlsruhe ?

Warum, so fragt sich der verwunderte Zuschauer, engagiert sich Europa mit Summen für die Durchführung von Wahlen durch die EU im Kongo auszugeben, während gleichzeitig ein großer Teil der Menschen innerhalb der Städte und Gemeinden von politischer Beteiligung weitestgehend ausgeschlossen bleiben?

So sieht das auch der (sog.) Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat, der 330 Ausländer- und Integrationsbeiräte in 13 Bundesländern vertritt. Kürzlich forderten die Delegierten das kommunale Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen, unabhängig von ihrem Pass. „Es kann und darf nicht sein, dass ein Großteil der seit Jahren in unserem Land lebenden Menschen von einem demokratischen Grundrecht ausgeschlossen bleiben, gleichzeitig aber alle anderen Pflichten gegenüber dem Staat erfüllen soll“, forderten sie in einer Resolution, der wir uns hier in Karlsruhe anschließen sollten.

„Um 1500, mit der europäischen kolonialen Expansion, wurde ein Weltmarkt geschaffen, der der endlosen Akkumulation von Kapital dient. Diese ist am besten möglich, wenn alles in Ware verwandelt werden kann und dieser Warentausch frei fließen kann. Deswegen promotet der Kapitalismus die universalistische Ideologie. ... Zur liberalen universalistischen Ideologie gehört die These, dass das Ansteigen der universalistischen Kurve von einem Abstieg der **Ungleichheitskurve, geschaffen durch Rassen- und Geschlechterunterschiede**, begleitet würde. Das ist nicht der Fall. Denn Rassismus und Sexismus bilden eine Form von „Ethnifikation“ der Arbeitskräfte, die es ermöglicht, Frauen und Farbigen viel weniger zu bezahlen als ihnen zustünde...

Dialoge und Projekte zur Förderung des Menschenrechts auf Bildung

Stoffwechsel e.V. | Werner Kersting | Kanalweg 95 | 76149 Karlsruhe

Die gegenwärtigen politischen Bestrebungen, im Namen der Europäischen Union eine „Festung Europa“ zu werden, setzen die ursprünglichen Kolonialpolitik der Hegemonie des Zentrums auf Kosten der Randländer fort. ... Europäische Integrationspolitik ist Europrotektionismus, wieder auf Kosten der Peripherie, und somit eine gedämpfte Fortsetzung der Kolonialpolitik.“ (Jenseits des weissen Würfels) Rassismus wird nur von demjenigen erkannt werden, der sich nicht mit Vordergründigkeiten zufrieden gibt. „Dekonstruktion“ ist notwendig.

Der Begriff der Dekonstruktion geht auf den französischen Philosophen Jacques Derrida zurück. Dekonstruktion will binäre Oppositionen (schwarz/weiß; deutsch/ausländisch etc.) freilegen und der Veränderlichkeit von Bedeutungen versuchen Rechnung zu tragen. In Abgrenzung von einer Lesart, die Identitäten (der „Migranten“, der „Türken“, der „Albaner“, der „Deutschen“) als voneinander unterscheidbare und festgelegte unterschiedliche Phänomene erkennt, macht die dekonstruktive Lektüre die paradoxe Einheit dieser Unterscheidungen deutlich.

Nichts widerspricht dem Rassismus so sehr wie die Mischung. Hybride Zugehörigkeiten stellen das Identitätsdenken da in Frage, wo Identität, wie im Fall des Rassismus, als reines und exklusives Phänomen propagiert, geglaubt und sozial praktiziert wird.

Wie sollen wir also in der Praxis handeln? Entscheidend ist die Erkenntnis, dass wir stets von Subjekt zu Subjekt handeln. Jeder muss sich seiner eigenen Rolle und seinen eigenen Annahmen über den anderen bewusst sein. So wie er/sie sich selbst als individuell handelnder Mensch versteht, so muss er/sie auch den anderen wahrnehmen.

Wenn wir also dem Gedanken gefolgt sind, dass Rassismus und Macht miteinander verschränkt sind, werden wir jetzt nachvollzogen haben, dass es ein wohl naiver Glaube ist, dass Rassismus allein dadurch niedergehalten werden kann, wenn er widerlegt ist. Bildung ist eine Voraussetzung, Dekonstruktion von Herrschaftsverhältnissen eine zwingende weitere. Oft bereits wurden die inneren Unzulänglichkeiten des Rassismus nachgewiesen, doch jedesmal erhob er sein Haupt, wie wir gesehen haben, bisweilen mit anderem Antlitz, veränderten äußeren Merkmalen. Die Ursache für diese Hartnäckigkeit ist eben diese herrschaftsdienliche Funktion. Diese Funktion muss in Theorie und Praxis thematisiert und herausgefordert werden. Nur so kann zur Überwindung von Rassismus beigetragen werden.

**Tote Menschen sind tote Menschen
wer immer sie waren
wer nicht nachfragt
wie Menschen sterben
der hilft sie töten.**

Erich Fried